

Stand: 10.02.2026 15:18:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14132

"Lehren aus der Agrarkrise ziehen - Rahmenbedingungen im Sinne der bäuerlichen Familienbetriebe anpassen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/14132 vom 10.11.2016
2. Beschluss des Plenums 17/14269 vom 10.11.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 86 vom 10.11.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmarr Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Lehren aus der Agrarkrise ziehen – Rahmenbedingungen im Sinne der bäuerlichen Familienbetriebe anpassen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag zeigt sich besorgt über das anhaltende Preistief bei unseren Lebensmitteln und die daraus resultierenden, oftmals nicht kostendeckenden Erzeugerpreise, welche unsere bäuerliche, mittelständische Landwirtschaft auf Dauer in ihrer Struktur gefährden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass im Rahmen einer Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) der § 28 Abs. 1 dahingehend verändert wird, dass künftig die Ausnahme des Verbots wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen für landwirtschaftliche Erzeugerbetriebe gestrichen wird. Ziel der Änderung ist eine faire Vertragsvereinbarung zwischen Erzeugern und erster Veredelungsstufe.

Weiterhin wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine dauerhafte Bereitstellung von Finanzmitteln für ein Milchmengenreduzierungsprogramm einzusetzen, um dieses im Falle einer erneuten Milchkrise schneller zur Verfügung stellen zu können.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über weitere Möglichkeiten der Stärkung der landwirtschaftlichen Erzeugerinnen und Erzeuger am Markt zu berichten.

Begründung:

Die wirtschaftliche Bedeutung unserer mittelständischen Land- und Forstwirtschaft in Bayern hat einen enormen Anteil an der bayerischen Wirtschaftskraft – jeder siebte Arbeitsplatz hängt von ihr ab!

Unser Ziel ist der Erhalt einer bäuerlichen und eigen-tümergeprägten Landwirtschaft, die von ihrer nachhaltigen Wirtschaftsweise leben kann und den ländlichen Raum wirtschaftlich sowie kulturell bereichert. Hinter allen politischen Entscheidungen im Bereich der Agrarpolitik stehen die Menschen in unseren bäuerlichen Familienbetrieben.

Seit langer Zeit haben unsere Erzeugerinnen und Erzeuger mit einem Preistief zu kämpfen, das die Betriebe in ihrer Existenz gefährdet. Besonders im Bereich der Milcherzeugung ist ein Agieren der Marktpartner auf Augenhöhe nicht möglich.

Grund hierfür ist unter anderem die Regelung in § 28 GWB, welcher explizit die landwirtschaftlichen Erzeuger vom Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen ausnimmt. Dieser Umstand ist untragbar und muss im Sinne unserer Familienbetriebe dringend geändert werden, sodass faire Vertragsverhandlungen, beispielsweise zwischen Milcherzeugern und Molkereien, ermöglicht werden.

Das Milchmengenreduzierungsprogramm der Europäischen Union hat sich bewährt. Trotz des Widerstandes des Bundesagrarsministers Schmidt (CSU) hat sich fast jeder zehnte Milcherzeuger in Bayern entschlossen, seine Milcherzeugung zu drosseln. So konnte eine Entlastung des Marktes erreicht werden, was derzeit an den Märkten bereits erkennbare Erfolge nach sich zieht. Die Voraussetzungen für eine erneute Bereitstellung eines Mengenreduzierungsprogramms im Falle einer erneuten Krise ist notwendig, um unsere mittelständischen Erzeugerinnen und Erzeuger zu unterstützen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/14132

Lehren aus der Agrarkrise ziehen – Rahmenbedingungen im Sinne der bäuerlichen Familienbetriebe anpassen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Horst Arnold

Abg. Martin Schöffel

Abg. Gisela Sengl

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr.

Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Landwirten in Zeiten der Preiskrise besser beistehen - Preisdumping nicht auf dem Rücken der Landwirte austragen! (Drs. 17/14104)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold,

Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)

Lehren aus der Agrarkrise ziehen - Rahmenbedingungen im Sinne der bäuerlichen Familienbetriebe anpassen (Drs. 17/14132)

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Dr. Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn das Thema zum Schluss kommt, soll das nicht bedeuten, dass es unwichtig ist. Es ist ein wichtiges Thema. Zum Hintergrund sei nochmals kurz gesagt: Wir hatten mit der größten Milchkrise der Nachkriegszeit zu kämpfen. Wir hatten Preise von teilweise unter 20 Cent pro Liter. Wenn man von etwa 40 Cent Erzeugungskosten ausgeht, kann man sich vorstellen, dass auch den kleinen und mittleren bäuerlichen Unternehmern ein Mindestlohn zustehen würde. Das sage ich jetzt in Richtung der SPD, die sich immer für einen Mindestlohn eingesetzt hat. Aber bei solchen Milchpreisen muss sich jeder im Lohnverzicht üben. Das ist natürlich dauerhaft nicht zumutbar. Wir haben jetzt die ersten Erfahrungen mit Zahlungen für freiwilligen Milchlieferverzicht gemacht. In der ersten Antragsrunde wurden knapp 100 Millionen kg Milch angemeldet. Davon blieben nur noch 12 Millionen kg übrig. Das bedeutet, die Landwirte fragen nach. Sie wollen einen Beitrag zur Marktbereinigung leisten; denn sobald ein Überschuss da ist, ist jeder Tropfen Milch zu viel. Wir haben europaweit über 6.000 Betriebe. In Deutschland haben wir bis jetzt 918 Betriebe. Das Interesse ist also da.

Was haben wir in der Vergangenheit erlebt? – Minister Schmidt hat bis Mitte des Jahres keine Krise gesehen, obwohl bereits Betriebe geschlossen haben und der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter in Europa Druck gemacht hat. Auch der Bauernverband hat Druck gemacht. Wir haben hier aber das alte Problem: Bei so vielen Produktionsrichtungen kann man sich nicht jedem Betriebszweig so widmen, wie das nötig wäre. Ein Verband hat sich massiv in den Vordergrund gedrängt, und deshalb gab es auch Ergebnisse. Auch in Brüssel hat man erkannt, dass etwas getan werden muss. Anton Kreitmair ist jetzt nicht da. Aber Jürgen Ströbel, Sie waren in Herrsching dabei. Der Agrarkommissar Hogan hat in dieser Situation noch davon gesprochen, wir müssten mehr produzieren, um die Welternährung zu sichern. Jeder kann sich vorstellen, wie das ankam. Er ist dann auch heimlich, still und leise an den draußen wartenden Landwirten vorbei geflüchtet.

Was Herrn Minister Schmidt angeht, möchte ich Folgendes sagen: Die CSU hatte den Mut, eine Person als Bundeslandwirtschaftsminister einzusetzen, die von der Materie nicht viel Ahnung hat. Das ist ungefähr so, als würde ich morgen die Stelle von Herrn Justizminister Bausback einnehmen. In diesem Fall würde jeder sagen: Der ist fehl am Platze. Sie sehen ja, was bei Herrn Minister Schmidt herausgekommen ist. Bei der Aktion in Neustadt an der Aisch war er zunächst nicht zu sehen. Das sprach Bände. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, bitte sagen Sie Herrn Schmidt, er soll nicht so viel auf Verbände, Molkereien und den Lebensmitteleinzelhandel hören; denn die haben ihre Schäfchen schon im Trockenen. Wir müssen nicht dem Lebensmitteleinzelhandel helfen. Der Letzte in der Reihe ist der Landwirt, und den beißen die Hunde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So kann es nicht weitergehen. Als der Milchpreis bei 19 Cent lag, hat Herr Schmidt noch nicht von einer Krise gesprochen. Das sprach Bände.

Ich komme langsam zum Schluss. Das Entscheidende ist: Die EU hat nur 150 Millionen Euro für das gesamte Gebiet der Europäischen Union zur Verfügung gestellt. Deutschland sollte noch gut 50 Millionen Euro drauflegen. Da kann man es sich ausrechnen: Da kamen Entschädigungen von 14 Cent heraus. Das ist völlig unbefriedigend, auch wenn der Marktpreis, wie jetzt, wieder ansteigt. Wir sind gerade wieder bei etwa 30 Cent. Kaum ein Landwirt wird die 14 Cent nehmen, hat dann freie Kapazitäten und nimmt dann an dem Entlastungsprogramm teil. Meine Damen und Herren, das Programm muss nächstes Mal viel früher kommen. Wir dürfen nicht die Krise aussitzen und warten, bis einige Hundert oder Tausend Landwirte aufhören. Außerdem brauchen wir eine wesentlich bessere finanzielle Ausstattung, damit das Programm attraktiv ist und marktwirksam werden kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Ich möchte nur noch eines sagen: Wir werden auch dem Dringlichkeitsantrag der SPD zustimmen; denn er geht in eine vernünftige Richtung. Lieber Horst Arnold, ich bin aber gespannt, welche Antworten auf die Forderung kommen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Arnold.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich teile die Spannung des Herrn Kollegen Dr. Herz. Insofern ist geteilte Freude möglicherweise doppeltes Leid, wenn die erwarteten Antworten gegeben werden. Ich möchte das aber nicht negativ, sondern positiv sehen.

Die Krise war da, und sie ist da. Derzeit ist sie nicht virulent, weil die Preise tatsächlich angezogen haben. Das Wort "Milchmengensteuerung" war bis vor einem halben Jahr

fast ein Teufelswort, das von gewissen Kreisen in diesem Hause nicht in den Mund genommen worden ist. Es wurde zumindest nicht positiv verwendet, sondern nur gebraucht im Sinne eines Dirigismus, eines Oktroyierens der Meinung, der Markt würde das regeln. Herr Kollege Dr. Herz hat es bereits richtig gesagt: Bis zum Beginn dieses Jahres bestand Uneinigkeit, ob dieser bedauernswerte Zustand der Milchwirtschaft, aber auch der Zustand des Schweinemarkts, überhaupt eine Krise sei oder nur eine strukturelle Arrondierung von Missverständnissen auf dem Markt.

In der Folge wurden Maßnahmen ergriffen. So fanden etliche Milchgipfel und Milchrunden statt. Dabei wurde die Übereinkunft erzielt, diesen Zustand als Krise zu bezeichnen. Das ist eine Krise, die nicht nur dieses Segment, sondern allgemein unsere Gesellschaft und unsere bäuerliche Struktur betrifft. Hier ist unsere Gesamtverantwortung gefragt. Die Agrarministerkonferenz hat dankenswerterweise deutliche Zeichen gesetzt, dass etwas geschehen muss. Sie hat unter dem Vorsitz von Till Backhaus aus Mecklenburg-Vorpommern in Brüssel die EU davon überzeugt, dass die Freiheit des Marktes und der Marktradikalismus in einem so wichtigen Segment, das uns alle bestimmt, nicht alles sein können.

Nun hat man tatsächlich in langwieriger Abstimmung, aber doch noch in hinreichend kurzer Zeit, eine Vereinbarung erzielt, Gelder für die freiwillige Milchmengenreduzierung bereitzustellen. Diese Maßnahmen sind wahrgenommen worden. Schon allein die Maßnahme an sich hat auf den Markt und die Preise insofern mental eingewirkt, als in dem Zusammenhang die Krise in dem uns präsentierten krassen Ausmaß tatsächlich bereinigt worden ist. Wer in diesem Augenblick von der Vergangenheit spricht, den weise ich noch einmal darauf hin, dass es mittlerweile nicht mehr so brisant ist. Es kann aber jederzeit wieder sehr brisant werden. Wir sind in diesem Hause gut beraten, die Lehre aus dieser Krise zu ziehen und nicht herumzudiskutieren, ob es sich möglicherweise um eine Krise und ein Verschulden anderer handelt, etwa in Irland oder in den Niederlanden, sondern es gilt, da gemeinsam anzupacken.

Wenn wir dieses Wording, die Abstimmung dahingehend, nicht mehr zum Gegenstand langfristiger Diskussionen machen, können wir uns darauf verständigen, im Landes-, aber auch im Bundeshaushalt flexibel und jederzeit anwendbar hinreichende Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Wir wissen, dass die Mittel derzeit ausgeschöpft sind. Wir hoffen, dass die jetzt greifenden und zielführenden Fördermaßnahmen nachhaltig wirken und die Mittel nicht weiter zu erhöhen sind. Aber es muss natürlich auch daran gedacht werden, für die Zukunft Reserven vorzuhalten, damit uns und insbesondere diejenigen, die es angeht, nämlich die Bäuerinnen und die Bauern, das Verwaltungs-procedere und die politische Diskussion nicht nerven. In diesem Zusammenhang müssen wir auch darüber nachdenken, welche gesetzlichen Maßnahmen insgesamt zur Verbesserung der Situation zu ergreifen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen enthält unser Antrag auch den Hinweis auf § 28 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Der § 28 Absatz 1 enthält sozusagen die Ausnahme von der Regel, dass es verboten ist, Preisabsprachen und sonstige Abreden zu treffen, die den Wettbewerb beeinträchtigen. Diese Ausnahme wurde genau für die Landwirtschaft bzw. Erzeugerbetriebe und Erzeugergemeinschaften getroffen. Sie erscheint im ersten Moment wie eine Privilegierung der Landwirtschaft, bei genauerem Hinsehen jedoch nicht; denn es sind genau die Zusammenschlüsse wie Molkereien, denen es ermöglicht wird, Preisabsprachen zu treffen, die normalerweise kartell- bzw. gewerberechtlich zu untersagen sind. Der einzelne Erzeuger, der mit seiner Andienungspflicht sowieso in einer Mühle steckt, die es auch zu beseitigen gilt, wird dadurch mehr oder weniger entrechtet. Wir sehen nicht ein, dass der Landwirt mit Blick auf § 28 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zusehen muss, dass willkürlichen Absprachen Tür und Tor geöffnet sind. Dabei steht für die Ausnahmen im Gesetz: "... sofern sie keine Preisbindung enthalten ...". So blöd wird heutzutage keiner sein, dass er bei solchen Absprachen konkrete Preise festsetzt, wodurch ein Wettbewerb ausgeschlossen würde. Man kann nun sagen: Wenn zwei auf dem

Markt sind, ist immer noch Wettbewerb vorhanden. Damit, dass § 28 Absatz 1 GWB greift bzw. nicht greift, hätten wir juristisch bereits eine Lösung erzielt. Darüber wollen wir mit Ihnen diskutieren.

Wir wollten mit Ihnen auch schon letztes Jahr über dieses Thema diskutieren; denn wir hatten einen Antrag formuliert, der am 18. Juni 2015 in diesem Haus diskutiert wurde. Darin haben wir die Staatsregierung aufgefordert, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Möglichkeiten einer Optimierung der gesetzlichen Regelungen im Bereich des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen schriftlich und mündlich zu berichten, um dem Gesetzgeber eine effektive Handhabe gegen die anhaltend ruinösen Preise zu geben. Bereits im Juni 2015 wollten wir eine Meinungsbildung der Staatsregierung herbeiführen, damit wir als Parlamentarier darüber entscheiden können. Leider Gottes ist dieser Antrag auf Auskunft am gleichen Tag in der Debatte abgelehnt worden. Seitdem wird dieses Thema von der Staatsregierung offiziell nicht mehr beackert. Deswegen mussten wir jetzt diesen Antrag stellen. Derzeit gibt es im Rahmen der Bereinigung des Wettbewerbsgesetzes auf Bundesebene entsprechende Diskussionen. Wie man hört, ist das Ganze klar: Man hat sich beim Paragraphen 20 GWB – "Verbotenes Verhalten von Unternehmen mit relativer oder überlegener Marktmacht" – geeinigt.

Des Weiteren hat man betreffend § 28 GWB überlegt, wie es mit der Privilegierung der Landwirtschaft aussieht. Man hat gesagt: Dieses Thema fasst man lieber nicht mehr an, um den Kompromiss beim Paragraphen 20 GWB nicht mehr zu gefährden. Das mag in dem Zusammenhang politisch hinzunehmen sein, ist aber dem einzelnen Erzeuger bei der Verhandlung von Preisen keineswegs dienlich.

Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen und Überlegungen dazu anzustellen, um § 28 GWB so zu verändern, dass zwischen den Erzeugern und der ersten Veredelungsstufe faire Vereinbarungen erreicht werden können. Wettbewerbswidrige verbotene Absprachen müssten davon erfasst sein, damit die Kleinen nicht unter die Räder großer Zusammenschlüsse geraten. Das verdeutlicht

das Dilemma des Erzeugers, der am Tropf großer Vereinbarungen hängt und insofern wenig geschützt ist, weil es wettbewerbsrechtlich nicht überprüft werden kann. Das ist ein Unding. Deswegen bitten wir Sie, hier tätig zu werden.

Wir fordern darüber hinaus, dass die Staatsregierung aufgrund der Milchkrise dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten weitere Möglichkeiten zur Stärkung der landwirtschaftlichen Erzeugerinnen und Erzeuger am Markt berichtet, was aus ihrer Sicht und nach ihren Erfahrungen noch möglich ist. Wir wissen, dass die EU-Gesetzgebung oftmals als Argument herangezogen wird, dass so etwas nicht gehe. Aber es wäre zur allgemeinen Bewusstseinsverdichtung schon wichtig zu wissen, wie die Staatsregierung auf dieser Ebene denkt.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie die Uhr?

Horst Arnold (SPD): Ja, wie sie in diesem Zusammenhang tickt.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Das macht nichts. Sie tickt weiter.

Horst Arnold (SPD): Ja, ja.

(Allgemeine Heiterkeit)

Damit ist dies zusammengeführt, Frau Präsidentin. – Deswegen haben wir diesen Berichtsabschnitt mit eingebaut.

Wir stimmen Ihrem Antrag zu und bitten aus gegebenem Anlass, auch unserem Antrag zuzustimmen, weil er nicht schadet, sondern uns insgesamt voranbringt.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächster Redner ist Herr Kollege Schöffel.

Martin Schöffel (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER mit der Überschrift "Landwirten in Zeiten der Preiskrise besser beistehen – Preisdumping nicht auf dem Rücken der Land-

wirte austragen!" vorliegen. Bei dieser vielversprechend klingenden Überschrift sind wir alle beieinander. Jawohl, wir hatten eine Marktpreiskrise, und in dem einen oder anderen Produktbereich haben wir sie immer noch. Die Frage war: Gibt es in dem vorliegenden Antrag neue Ansätze? Das ist nicht der Fall.

Im Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER steht im ersten Spiegelstrich sinngemäß, die Staatsregierung werde aufgefordert, auf europäischer und auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass Bundesminister Schmidt bei Marktverwerfungen schneller reagiert. Dieser Antrag ist also von besonderer Güte. Wir lehnen diesen Dringlichkeitsantrag vorsichtshalber einmal ab.

(Heiterkeit bei der CSU)

Oder Herr Staatsminister Brunner signalisiert noch, dass er auf europäischer Ebene Möglichkeiten sieht, hier einwirken zu können.

Ich will zunächst einmal darauf hinweisen, dass in dieser Preiskrise einiges getan worden ist; denn es hört sich so an, als sei weder auf Bundes- noch auf Landesebene etwas erreicht worden, um unseren Bauern in dieser schwierigen Zeit beizustehen.

Im zweiten Teil ist vom Programm zur Verringerung der Milchmenge die Rede. Ich will darauf hinweisen, dass wir als CSU einen umfangreichen Antrag mit einem umfassenden Maßnahmen- und Forderungspaket in den Bayerischen Landtag eingebracht haben. Das meiste davon wurde bereits umgesetzt, vieles ist noch in der Umsetzung. Alles hat sich als richtig und notwendig erwiesen.

Besonders wichtig war uns auch der von unserem Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei einberufene Agrargipfel mit seinen Ergebnissen für die bayerische Landwirtschaft, beispielsweise den deutlichen Erhöhungen in verschiedenen Bereichen des Staatshaushaltes. Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass der Bund in den Jahren 2016 und 2017, also dieses und nächstes Jahr, zusätzliche Hilfen in einer Größen-

ordnung von 580 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Nach meiner Auffassung ist das eine beachtliche Summe.

Natürlich muss man auch darauf hinweisen, dass ein solches Programm niemals Verluste am Agrarmarkt ausgleichen kann. Herr Kollege Dr. Herz, wenn Sie den Landwirten erzählen wollen, dass die Politik, dass der Staat das könnte, dann streuen Sie den Bauern Sand in die Augen. Ein solches Programm kann nur dort helfen, wo wirklich die größten Probleme entstehen.

Diese Programme tragen auch die bayerische Handschrift. Ich möchte darauf hinweisen: Vor einem Jahr hat man das erste Liquiditätshilfeprogramm auf Drängen Bayerns auf 10.000 Euro pro Betrieb begrenzt und konnte somit einen Großteil der Gelder nach Bayern holen. Wir haben für 2016 auch schon die Erhöhungen bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung; das kommt allen bayerischen Betrieben zugute. Wir haben über 100.000 Betriebe in Bayern, und das ist eine Maßnahme, die jeder Betrieb bei uns spürt. Wir können das im Jahr 2017 fortführen. Für die landwirtschaftliche Unfallversicherung gibt es 78 Millionen Euro mehr.

Es gibt jetzt ein zweites Liquiditätshilfeprogramm, mit dem die Milchgeldsteigerung um 0,36 Cent umgesetzt wird. 116 Millionen Euro werden dafür eingesetzt. Zudem gibt es ein Bürgschaftsprogramm des Bundes, für das 150 Millionen Euro eingesetzt werden.

Auch der Beschluss des Bundes ist ein Meilenstein, dass zumindest für neun Jahre, beginnend ab dem nächsten Jahr, eine steuerliche Gewinnglättung über drei Jahre möglich ist. Für die Landwirtschaft ist das sehr wichtig. Klimaschwankungen wirken sich auf der ganzen Welt auf die Agrarmärkte aus, was sich letzten Endes auch in den Preisen niederschlägt. Mit dieser Möglichkeit müssen Gewinne dann nicht in schwierigen Jahren versteuert werden, sondern können im Unternehmen verbleiben. Ich bitte auch die SPD, mitzuhelfen, um zu einer praxistauglichen und flexiblen Lösung zu gelangen, in der Koalition,

(Horst Arnold (SPD): Ja, unser Beschluss eben!)

die dann praktisch in jedem Jahr eingesetzt werden kann.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass sich Bundesminister Schmidt in verschiedenen Verhandlungsrunden für bessere Verträge zwischen Landwirten und der aufnehmenden Hand, zwischen Landwirtschaft und Molkerei, einsetzt. Diese Verträge sollen gewisse Mindestinhalte haben. Wir setzen darauf – und das muss so sein –, dass sich die Marktpartner verständigen, dass am Ende das Risiko aber nicht alleine bei der Landwirtschaft liegt, sondern mehr Preisstabilität durch bessere Verträge erreicht wird.

Auf eines möchte ich auch hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es kann nicht so weitergehen, dass der Lebensmitteleinzelhandel den Bauern die Produktionsbedingungen und die Preise diktiert und weltweite Marktverhältnisse in gnadenloser Weise ausnützt. Bei den Produktionsbedingungen betrifft der jüngste Vorstoß jetzt die Schweinehaltung: kein Fleisch mehr von kastrierten Schweinen. Am Milchmarkt hat sich in diesem Jahr gezeigt, dass der Lebensmitteleinzelhandel die Marktverhältnisse gnadenlos ausnützt. Kein Verbraucher braucht im Supermarkt den Liter Milch für 40 Cent. Das heizt die Krise nur weiter an und nutzt die weltweiten Marktverhältnisse gnadenlos aus.

Der Bund – auch Bundesminister Schmidt, die Bundesregierung – arbeitet an gesetzlichen Regelungen, und es wurden bereits wichtige Beschlüsse gefasst, die ein Verramschen von Lebensmitteln verhindern. Weiter sollen sich die Molkereien wehren können, wenn der Handel gerade in der Krise zum Beispiel ungewöhnlich lange Zahlungsziele oder unbegründete Zusatzrabatte einfordert. In der Zukunft wird das so leicht nicht mehr möglich sein; es werden jedenfalls rechtliche Voraussetzungen geschaffen, um weiteren Verschärfungen entgegenzuwirken.

Natürlich hat sich auch die Staatsregierung über die gesamte Zeit hinweg massiv eingebracht, um die drohende und dann auch eingetretene Krise abzufedern und abzumildern. Ich erinnere zum Beispiel an die 69 Millionen Euro mehr in unserem Kulturlandschaftsprogramm für die nächsten beiden Jahre. Man kann auch immer darauf

hinweisen: Es sind freiwillige Maßnahmen, die die Landwirte einführen, denen im Zweifelsfall höhere Kosten oder niedrigere Erträge entgegenstehen, für die es eine Vergütung gibt, die ein Stück weit stabilisierende Wirkung haben. Besonders wichtig ist auch alles, was mit der Vermarktung gerade von Milch und Milchprodukten aus Bayern einhergeht und wofür sich unser Ministerium sehr stark engagiert.

Ebenfalls wichtig sind die eingetretenen Verbesserungen bei der Biomasse. Herr Staatsminister, die Staatsregierung hat sich hier massiv eingesetzt. Es konnte erreicht werden, dass das Ausschreibungsvolumen für Biogasanlagen fast verdoppelt wird. Ich bin bei vielen landwirtschaftlichen Betrieben, die sagen: Unsere Biogasanlage stabilisiert unsere wirtschaftlichen Verhältnisse. Deswegen war es wichtig, sich für bäuerliche Anlagen einzusetzen.

Jetzt komme ich zu dem Programm zur Mengenreduzierung. Auf eines muss man hinweisen: Niemand kann heute so tun, als sei dieses der wesentliche Faktor, dass sich die Milchmenge reduziert hat. Jeder, der sich mit dem Milchmarkt beschäftigt, weiß, dass die Milchanlieferungen bereits seit Mai, Juni, Juli zurückgehen und sich ein anderes Verhältnis von Angebot und Nachfrage eingestellt hat. Die Anlieferungsmengen sinken in Deutschland seit Mai und in der EU seit Juli. Der Kieler Rohstoffwert, den Sie auch immer wieder anführen, steigt seit Juni glücklicherweise wieder an. Das Problem ist, dass die Bauern das erst zu spüren bekommen, wenn die entsprechenden Vertragsverhandlungen zwischen den Molkereien und dem Handel durchschlagen.

Wir sind uns einig, dass vor allem die katastrophalen Marktpreise diese Rückführung der Milchmenge ausgelöst haben. Eigentlich ist es makaber, dass ein Programm, das für einen Mengenverzicht 14 Cent verspricht, attraktiv ist; das hängt aber auch mit den Marktpreisen zusammen.

Mein Ansatz für einen gemeinsamen Weg ist folgender: Wir gehen davon aus, dass das Mengenreduzierungsprogramm der EU einen positiven Einfluss auf die Märkte hat oder haben kann. Aus unserer Sicht brauchen wir deswegen dringend eine Evaluie-

rung, was das bisher und nach Abschluss der Maßnahmen für einen Einfluss hat bzw. hatte, sowie eine Evaluierung aller Krisenmaßnahmen, die getroffen worden sind, um das nächste Mal entsprechend genauso, besser oder anders handeln zu können.

Dabei stellen sich natürlich gerade bei diesem Programm Fragen: Ab welchem Milchpreis ist es zu spürbaren Einschränkungen bei der Milchanlieferung gekommen? Welchen Einfluss hatte das Programm der EU? Welche einzelbetriebliche Entwicklung haben die Betriebe, die dieses Programm in Anspruch genommen haben? Wie ist der Zusammenhang zwischen Milchpreis und der Höhe der notwendigen Lieferverzichtsentschädigung?

Auch das wurde bereits angesprochen, und ich denke, wir sind diesbezüglich bei einander: Staatliche Liquiditätshilfen können nie ausgleichen, was die Bauern an Markterlösen verlieren. Wenn man diese gewaltigen Gelder – 185 Millionen Euro Liquiditätsbeihilfen, 150 Millionen für ein Bürgschaftsprogramm – aber so einsetzen kann, dass Märkte stabilisiert werden, dann muss das zumindest geprüft werden.

Es sind gewaltige Summen, darauf habe ich schon hingewiesen. Für den betroffenen Betrieb ist das wichtig; gleichzeitig geht das aber auch mit einer zusätzlichen massiven Verschuldung in mindestens zehnfacher Höhe einher. Unsere Aufgabe ist daher, zu prüfen, was diese Programme tatsächlich für Wirkungen haben. Wir haben bei der Intervention immer wieder darauf hingewiesen, dass das eine wichtige Maßnahme ist und sie noch flexibler und überraschender eingesetzt werden muss. In diesem Jahr wurde zum Beispiel bei der Butter überhaupt nicht interveniert. Die Marktpreise für Butter sind jetzt so massiv angestiegen, dass man mit dieser Situation durchaus gut hätte umgehen können, auch wenn man jetzt wieder Ware auf den Markt hätte bringen müssen. Man muss bei diesen hohen Preisen fast befürchten, dass in der Lebensmittelindustrie Butterfett durch Palmfett ersetzt wird. Wir haben immer eine Erhöhung der Interventionspreise gefordert. Das wäre in diesem Fall sicherlich nicht schädlich gewesen.

Ich komme zum Antrag der SPD. Herr Kollege Arnold, wir sehen die Sache mit dem § 28 Absatz 1 des GWB anders. Wir wollen, dass die Genossenschaften gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel tätig werden können. Der Paragraf sieht vor, dass Bündelungen im Bereich der Genossenschaften und im Bereich der Landwirtschaft und Preisabsprachen möglich sind. Unsere Bäuerinnen und Bauern tragen die Genossenschaften. Es sind bäuerliche Betriebe, die sich wehren können müssen. Sie stehen den vier Großen im Lebensmitteleinzelhandel gegenüber. Für uns ist dieser Paragraf eine Schutzvorschrift für die Landwirtschaft. Ich höre bei Ihnen heraus, dass das ein Generalangriff auf die Genossenschaften sei. Deswegen können wir Ihrem Antrag, jedenfalls in dieser Form, nicht folgen.

Den Antrag der FREIEN WÄHLER habe ich schon angesprochen. Er ist abzulehnen, weil darin nichts Neues steht. Die Arbeitsgeschwindigkeit der Bundesregierung kann aus dem Bayerischen Landtag heraus in keiner Weise beeinflusst werden.

In diesem Sinne werden zumindest wir engagiert darangehen, alles zu evaluieren, was in dieser Krise an Maßnahmen getroffen worden ist. Unsere Landwirte können sich darauf verlassen, dass wir ihnen in einer Krise beistehen. Wir wollen nicht, dass auf ihren Schultern Preisdumping ausgetragen wird.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Schöffel, herzlichen Dank für die zündende Begründung der Ablehnung unseres Antrags. Es wiederholt sich. Es häuft sich.

Aber jetzt komme ich zu meiner Frage. Sie haben mitgeteilt – da haben wir dieselbe Meinung –, es könne nicht sein, dass Milch und Lebensmittel verramscht werden. So weit, so gut. Wir haben auf einer Delegationsreise in Japan erleben dürfen, dass dort

nicht 10 %, sondern etwa 25 bis 30 % des Einkommens für Nahrungsmittel und Getränke ausgegeben werden. Ich habe ein Bild von einem Stand gemacht. Ein Liter Milch kostet in Japan 4,90 Euro. Angelika Schorer, du hast mit abgedrückt.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Das war eine schöne Szene. Wir haben uns beide gefreut, dass das möglich war. Diese Milch wird auch zu diesem Preis gekauft.

Ich komme zu meiner Frage. Ich hatte intensiven Kontakt mit dem Bundeskartellamt. Dort sagt man – in der letzten Woche habe ich es erleben dürfen –, dass Milch im Laden nach wie vor für 42 Cent angeboten wird. Der Herr Mundt vom Bundeskartellamt argumentiert, wenn die Landwirte 26 Cent erhalten und der Verkaufspreis 42 Cent beträgt, dann haben wir diese Differenz, also sei dagegen nichts zu sagen. Sie haben ausgeführt, wir würden da etwas unternehmen, wir würden da etwas tun. Meine Frage: Was werden wir tun? Werden wir das überwachen? Werden wir auch mal eingreifen? Oder lassen wir den Lebensmitteleinzelhandel weiterhin das machen, was er für seine Geschäfte für gut und richtig hält?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Martin Schöffel (CSU): Herr Kollege Herz, ich habe darauf hingewiesen, was die Bundesregierung in diesem Bereich angegangen ist, und zwar das Anzapfverbot, die Schärfung des Verbots des Verkaufs unter Einstandspreisen mit der Definition des Einstandspreises und verschiedenste Maßnahmen, die das Verramschen von Lebensmitteln verhindern sollen. Ich bin völlig auf Ihrer Seite, dass Verkaufspreise im Lebensmitteleinzelhandel in Höhe von 42 oder 40 Cent die Krise noch verschärfen und wir das verhindern sollten. Ich habe aber nicht gesagt, dass das schon durch entsprechende Maßnahmen mit dem Bund angegangen wird. Da sind sicherlich noch verschiedenste Diskussionen zu führen. In Bezug auf Ihren Antrag kann ich nur noch einmal darauf hinweisen: Er enthält überhaupt keinen neuen Vorschlag, weder zu diesem

Thema noch zu anderen Themen. Deswegen müssen wir Ihren Antrag ablehnen. Wenn Sie gute Vorschläge einbringen, machen wir das natürlich nicht.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Zwischenbemerkung: Kollege Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Kollege Schöffel, Sie wollen einen Generalangriff auf die Genossenschaften herausgehört haben. Das muss ein für alle Mal bereits jetzt ausgeschlossen werden. Das ist kein Generalangriff auf Genossenschaften. Ich zitiere § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen: "Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten." – Ich schätze die Genossenschaften. Ich bin selbst Genossenschaftsaufsichtsratsmitglied und freue mich, dass das Verbot in diesem Zusammenhang auch für Genossenschaften gilt. Ich kann nicht sehen, dass das plötzlich deswegen erlaubt sein soll, weil es Genossenschaften sind. Das ist also kein Generalangriff auf Genossenschaften, sondern eine Maßgabe dahin gehend, ob diese Regelungen überhaupt noch zeitgemäß sind, wenn man die Position der einzelnen Milcherzeugerinnen und Milcherzeuger auch gegenüber ihren eigenen Genossenschaften richtig einschätzt. Teilweise sind bei Genossenschaften mit über 1.000 Mitgliedern davon nur 500 Erzeuger. Erzählen Sie mir mal, wie viele von den 500 anderen Mitgliedern Erzeuger sind und was sie in diesem Zusammenhang machen.

Martin Schöffel (CSU): Kollege Arnold, ich freue mich, dass wir uns einig sind, was die Genossenschaften anbelangt. Sie haben darauf hingewiesen, dass die Landwirte in ihren Genossenschaften mehr Rechte brauchen. Ich habe Ihnen gesagt, dass die Landwirte und die Erzeuger gerade bei Molkereigenossenschaften in der Regel selbst bestimmen, was in dem Unternehmen abläuft. Vor diesem Hintergrund können wir

diese Änderungen nicht nachvollziehen. Es finden in diesem Bereich gerade auf dem Feld des Genossenschaftsrechts derzeit so viele Diskussionen statt, dass wir keine weitere Unruhe hineinbringen wollen mit einer Regelung, bei der selbst Sie hier nicht klar rüberbringen können, was sie wirklich bringen soll.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen dem Antrag der FREIEN WÄHLER zu und werden uns bei dem SPD-Antrag enthalten. Der Antrag der FREIEN WÄHLER ist der übliche Antrag. Wir stimmen deswegen zu, weil er nichts Falsches aussagt. Aber er sieht wieder mal nur sehr kurzfristige Maßnahmen vor, die in einer Krise natürlich wichtig sind. Aber um eine Krise wirklich dauerhaft zu bewältigen, muss man andere Maßnahmen ergreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da nutzt es nichts, immer wieder irgendwelche Programme aufzulegen und gut oder schlecht mit Geld auszustatten. Beim Milchmarkt geht es um eine grundsätzliche Neuausrichtung. Wir können eine solche Neuausrichtung nur zusammen mit den Erzeugern, den Verarbeitern – eben den Molkereien – und den Händlern schaffen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen wir eigentlich nicht mehr mitzunehmen. Diese haben sich nämlich schon lange auf einen anderen Weg gemacht und uns signalisiert, dass sie diese billige Massenware nicht mehr wollen. Der Milchkonsum ist immer gleich groß. Ob die Milch billig oder teuer ist, die Menschen kaufen eigentlich immer gleich viel Milch. Also sind diese Dumpingpreise gar nicht nötig. Milch ist ein Grundnahrungsmittel. Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wissen, wie Milch produziert wird. Sie wissen inzwischen, dass es nicht möglich ist, bei einem Verkaufspreis von Milch in Höhe von 42 Cent noch einen gerechten Erzeugerpreis zu

haben. Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen, dass die Bäuerinnen und Bauern ein auskömmliches Leben haben und einen gerechten Milchpreis bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir führen hier eine gesellschaftliche Diskussion. Der Kollege Herz hat es schon gesagt. Wir waren in Japan. Die Höhe des Kaufpreises, den die Leute bereit sind zu zahlen, ist je nach Person ganz unterschiedlich. Wir alle wären bereit, mehr auszugeben. Beim Hofer in Österreich – das ist der österreichische Aldi – hat die Milch zum Beispiel auch in der Milchkrise, als die Milch sehr billig eingekauft wurde, 85 Cent gekostet, während sie bei uns für 42 Cent verkauft wurde. Die Molkerei hat den Bauern aber nicht mehr bezahlt. Das ist mein Vorwurf. Man kann nicht immer nur auf den Lebensmitteleinzelhandel draufhauen. Auch die Molkereien sind aufgefordert, sich zu beteiligen und etwas an diesem Markt zu verändern. Dafür müssen sich natürlich auch die Erzeuger auf den Weg machen. Sie müssen begreifen, dass eine nachhaltige Milchproduktion stattfinden muss. Diese muss sich am Europäischen Binnenmarkt orientieren. Ich glaube, der Europäische Binnenmarkt würde für die deutsche Milchproduktion genügen. Er muss uns mit Qualitätsprodukten versorgen und die Verbraucherwünsche respektieren. Die Verbraucher fordern eine Milchproduktion, die tiergerecht, klima- und ressourcenschonend ist. Für eine nachhaltige Milchproduktion in Bayern und in Europa brauchen wir also ganz andere Ansätze.

Die Lobhudelei der CSU vorher nach dem Motto, wir haben alles richtig gemacht, wir haben die tollsten Sachen, hilft nicht weiter. Jeder, der sich auch nur ein bisschen mit dem Thema beschäftigt, weiß das. Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt von der CSU hat wahnsinnig lange gebraucht, bis überhaupt irgendetwas auf den Weg gebracht wurde. Der Druck war immens, auch der gesellschaftliche Druck, bis da überhaupt etwas passiert ist. Ich habe schon einmal den Vorschlag gemacht: Eigentlich wäre es gescheiter, wenn unser bayerischer Landwirtschaftsminister Brunner der Bundeslandwirtschaftsminister wäre; dann wäre wahrscheinlich früher etwas passiert.

(Heiterkeit bei der SPD – Zuruf von der SPD: Oho! – Volkmar Halbleib (SPD): Ein vergiftetes Lob!)

– Ein vergiftetes Lob, genau. – Man muss es ganz allgemein sagen: Wir stellen uns immer noch nicht diesen Problemen. Wir stellen uns nicht einer Landwirtschaft, die nicht tiergerecht produziert, die auch nicht umwelt- und ressourcenschonend ist. Wir müssen das einfordern. Heute hatten wir einen Dringlichkeitsantrag zur Nitratbelastung im Grundwasser. Die Milchbauern tragen sicher das Wenigste dazu bei. Trotz alledem muss man aber sagen, dass die Landwirtschaft insgesamt in Deutschland nicht den richtigen Weg geht. Eigentlich produziert sie am Markt vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hätten den Markt, wir müssten die Bäuerinnen und Bauern nur unterstützen. Wir müssten die Molkereien zur Verantwortung ziehen. Wir sollten uns überlegen, wo wir unsere Milch kaufen.

Diese ganze Milchmarktkrise bezieht sich nur auf die konventionelle Milch. Es wird immer behauptet, die Biomilchproduktion sei nur ein kleiner Nischenmarkt. Die Biomilchproduktion ist aber schon lange aus dem Nischenmarkt herausgetreten. Für eine Biomilchproduktion brauchen wir aber viele Abnehmer. Die haben wir, aber wir haben nicht genug für die Bauern, die sich jetzt auf den Weg gemacht haben und umstellen wollen. Wir sind deshalb schon lange dafür eingetreten – und wir tun es immer wieder –, dass auch die öffentliche Hand Biomilchprodukte einsetzt. Dann könnten nämlich all die Bauern, die umstellen wollen und eine Molkerei suchen, anders produzieren und ihre Milch abliefern.

Das alles sind Bausteine, die aber immer vernachlässigt und kleingeredet werden. Damit sollten wir heute endgültig aufhören. Wenn wir etwas grundsätzlich verändern wollen, müssen wir diese Schritte gehen. Sonst heißt es nämlich: Eigentlich ist es uns wurscht, was mit der Landwirtschaft passiert, wenn es wieder eine Krise gibt, dann legen wir eben wieder ein Programm auf, dann sind die schon wieder ruhig. – Das hilft

uns aber nicht weiter. Wenn wir eine andere Landwirtschaft wollen, müssen wir die Politik grundsätzlich ganz anders ausrichten und uns mit vielen anderen Dingen befassen. Diese kurzfristige Politik genügt einfach nicht. Solche Anträge könnte man sich in Zukunft sparen. Die könnten wir in einer Krise stellen. Wenn wir aber wirklich etwas verändern wollen, dann müssen wir ganz andere Maßnahmen ergreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Liebe Kollegen und Kolleginnen, die CSU-Fraktion hat zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung angekündigt. Deshalb müssen wir jetzt die Wartezeit laufen lassen. Wir machen dann mit dem Tagesordnungspunkt 8 weiter.

Bevor ich den aber aufrufe, gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Alexandra Hiersemann und anderer und Fraktion (SPD) betreffend „3-plus-2-Regelung‘ umsetzen – Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungsmarkt erleichtern und nicht blockieren“, Drucksache 17/14103, bekannt. Mit Ja haben 58 gestimmt, mit Nein haben 83 gestimmt, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir kommen zur Abstimmung über die beiden Dringlichkeitsanträge. Ich lasse zunächst in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/14132 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nur eine kurze Information, da viele nachfragen, wie es weitergeht: Es müssen noch Formalien aufgerufen und protokolliert werden. Einige müssen noch hierbleiben, zumindest die Geschäftsführung. Dann machen wir mit der Tagesordnung Schluss. Aber diejenigen, die es eilig haben, können eigentlich schon gehen; Abstimmungen gibt es keine mehr.

(Namentliche Abstimmung von 17.41 bis 17.46 Uhr)

Wir warten das Ergebnis der Auszählung ab. Dann werden Sie entlassen. – Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Herz und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Landwirten in Zeiten der Preiskrise besser beistehen – Preisdumping nicht auf dem Rücken der Landwirte austragen!", Drucksache 17/14104, bekannt: Mit Ja haben 46 gestimmt, mit Nein haben 70 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.11.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Landwirten in Zeiten der Preiskrise besser beistehen - Preisdumping nicht auf dem Rücken der Landwirten austragen! (Drucksache 17/14104)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	46	70	0